

# Calmer Tagblatt

Nr. 255.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Veröffentlichungsmasse: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 75 Bfg. wöchentlich. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspre. 9.

Dienstag, den 1. November 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Traglohn Wfr. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Wfr. 12.00 mit Postlohn. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Die Sowjetregierung will unter Bedingungen für ihre Sicherheit die Schulden Rußlands vor 1914 anerkennen.

Präsident Harding hat sich gegen eine sofortige Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein erklärt.

Im englischen Unterhaus hielt Lloyd George die lang erwartete Rede über die irische Frage.

Der englische „Liberal Club“ hat sich zur Lösung der Weltwirtschaftsfrage u. a. für Herabsetzung der deutschen Reparationen und für den ersten Versuch zur Herbeiführung eines wirklichen Friedens ausgesprochen.

Der „Intransigent“ berichtet (nach dem W.T.B.) von einer Weltkonferenz der irischen Rasse, die am 21. Januar 1922 in Paris stattfinden soll.

Die Verhandlungen über die Neuordnung der Völkerordnung in Berlin haben zu einer Verständigung geführt.

Die Landtagswahlen in Baden haben trotz Verschiebungen nach links und rechts die bisherige Mehrheit erhalten. Der Landtag soll am 9. November zusammentreten.

## Lloyd George über die irische Frage.

Eine Warnung an das Unterhaus. Minderheitsrede.

London, 1. Nov. Lloyd George erklärte in seiner Unterhausrede über die irische Politik der britischen Regierung, es sei wesentlich, daß die Lage geklärt werde, damit die Regierung wisse, was die Ansicht des Unterhauses über die irische Politik sei. Zur Frage des Bruchs des Waffenstillstands von Seiten der Sinn Feiner sagte der Premierminister, die Sinn Feiner täten ihr Bestes, um die von ihnen gegebenen Garantien durchzuführen. Es seien z. B. feste Garantien gegeben worden, nachdem die Regierung Beweise erhalten hatte, daß Vorbereitungen für eine Waffenlandung in Irland getroffen wurden. Lloyd George erklärte weiter, daß keine Uebereinkunft, die im Verlauf der irischen Verhandlungen eingegangen werden sollte, ohne die Ermächtigung des Parlaments in Kraft treten solle. Das Unterhaus müsse entweder seinen Unterhändlern vertrauen oder sie durch andere ersetzen. Er und seine Kollegen wollten wissen, ob das Unterhaus wünsche, daß sie versuchen, den Frieden herbeizuführen. Wenn das Unterhaus das nicht wolle, so gebe es einen Mann, der froh sein würde, zu seinem Souverän gehen zu können und ihm zu sagen: Ich übernehme Ihnen hiermit meine Portfeuille. Lloyd George sagte ferner, wenn die gesamten Fragen im Unterhaus erörtert würden, so würde das das Ende der Konferenz bedeuten. Das Haus sei zu keiner der Bedingungen verpflichtet, über die man in der Konferenz beraten werde, sondern könne sie verworfen, wenn sie ihm nicht paßten. Zu dem gegen die Regierung erhobenen Vorwurf, daß sie mit Leuten verhandele, die die Autorität der Regierung nicht anerkennen und an Taten beteiligt seien, die alle verabscheuten, frage er, mit wem sie denn verhandeln solle. Wenn überhaupt eine Konferenz stattfinden solle, so müsse sie mit den Leuten geführt werden, die für den Augenblick im Namen der Mehrheit des irischen Volkes sprächen. Er gebe zu, daß sich alle Sinn Feiner für die Republik erklärt hätten und daß alle Sinn Feiner die Autorität der Krone verwürfen. Wenn man aber aus diesem Grunde nicht mit den Sinn Feinern verhandeln wolle, so gebe es niemand in Irland, mit dem man verhandeln könne. Es sei nicht das erstemal, daß Großbritannien mit Rebellen mit gutem Erfolg für das Reich verhandelt habe. Der einzige Punkt, den das Unterhaus entscheiden müsse, sei der, ob man überhaupt eine Konferenz stattfinden lassen wolle. Es handle sich darum, ob das Haus der Regierung sagen werde: Geht die Verhandlungen auf, unterdrückt zuerst den Aufstand und auferlegt Irland dann eine Regelung, die dem Parlament gerecht erscheint. Sollte die Konferenz abgebrochen werden, so würde die Regierung das Haus ersuchen, die Strafmacht der Krone beträchtlich zu verstärken. Er müsse jedoch ausdrücklich sagen, daß jetzt nicht die Zeit dafür sei, dem Steuerzahler weitere große Lasten aufzubürden und die Jugend von neuem aufzufordern, ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Bevor man das tue, müsse man vor allen Dingen erst das englische Volk überzeugen, daß keine andere Wahl bestehe.

## Aus dem Unterhaus.

London, 31. Okt. Das Unterhaus war anfänglich der heutigen Debatte über Irland sehr stark besucht. Lloyd George wurde bei seinem Erscheinen lebhaft begrüßt. Oberst Gretton brachte unter ironischen Zurufen und Gelächter eine Entschließung ein, in der er-

klärt wird, daß das Unterhaus mit erster Beforgnis die Verhandlungen der Regierung mit den Delegierten Südirlands ansehe, die sich eidlich der irischen Republik verpflichtet und die Autorität der Krone verneint hätten.

London, 31. Okt. Im Unterhaus teilte Sir Robert Horne mit, daß die britische Regierung über die Streichung der europäischen Kriegsschulden stehe. Zu den Pressemeldungen, daß die amerikanische Regierung beschloffen habe, daß auf der Washingtoner Konferenz keinerlei wirtschaftliche Fragen zur Erörterung kommen sollten, erklärte Sir Robert Horne, er wünsche ebenfalls hervorzuheben, daß Fragen dieser Art eher geeignet seien, Schwierigkeiten zu erzeugen, als zu einer Lösung zu führen.

## Die ungarische Krise.

Noch keine Lösung. Ein weiterer Schritt der Kleinen Entente.

Berlin, 1. Nov. Nach einer Meldung der „Vossischen Ztg.“ aus Budapest haben gestern die Vertreter der Kleinen Entente der ungarischen Regierung eine schriftliche Note überreicht, die den bereits am Samstag mündlich vorgebrachten Forderungen entspricht. Die Note trägt dem Kompromiß Rechnung, das zwischen der Großen und der Kleinen Entente zustande gekommen ist.

Budapest, 1. Nov. Wie die Blätter melden, werden König Karl und Königin Zita in der Nacht zum Mittwoch von Tihany nach Duna-Jödszard gebracht werden, wo sie von dem inzwischen dort eingetroffenen Kanonenboot „Gloworm“ aufgenommen werden sollen. Für die Ueberführung werden die gegenwärtig in Tihany weilenden Militärvertreter Englands, Frankreichs und Italiens Sorge tragen.

Prag, 31. Okt. Das über einige Teile der Tschecho-Slowakei verhängte Standrecht ist nicht, wie irrtümlich gemeldet wurde, auf die ganze Tschecho-Slowakei, sondern nur auf die ganze Slowakei ausgedehnt worden.

Mailand, 31. Okt. Wie (nach dem Stuttg. N. Tgl.) den Blättern aus Wien gemeldet wird, geht dort das Gerücht, daß der Herzog von Aosta der aussichtsreichste Kandidat für den ungarischen Thron sei. Zwischen der ungarischen und italienischen Regierung seien bereits Verhandlungen darüber gepflogen worden. England und Frankreich sollen diesem Plane freundlich gegenüberstehen, während die Kleine Entente, besonders Südslawen starken Widerstand leistet. Die weitere Verfolgung dieses Planes soll erst aufgenommen werden, bis sich die durch den Karl-Ruf hervorgerufene Aufregung gelegt hat.

## Ausland.

### Die Schweiz wahrt ihre staatlichen Hoheitsrechte.

Bern, 31. Okt. Die schweizerische Presse ist beschäftigt mit aus Paris kommenden Depeschen, wonach von der Entente beim schweizerischen Bundesrat diplomatische Vorstellungen wegen der Rückkehr des Kaisers Karl nach Ungarn gemacht würden. Führende Zeitungen der romanischen und der deutschen Schweiz weisen jeden Versuch einer Einmischung des Auslandes in reine schweizerische Angelegenheiten, wie die Handhabung des verfassungsmäßig gewährten Asylrechts zurück. Die Schweiz habe von niemanden Aufträge in Bezug auf Karl erhalten und sei daher auch niemand Rechenschaft schuldig.

### Harding gegen eine Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein.

Washington, 1. Nov. (Reuter.) Wie verlautet, teilte Harding in einer Besprechung mit Porter, dem Vorsitzenden des Repräsentantenhausausschusses für auswärtige Angelegenheiten mit, daß er gegen die Annahme jeder Entschließung sei, welche die unverzügliche Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein vorsehe.

### Anerkennung der russischen Schulden vor 1914 durch die Sowjetregierung.

London, 31. Okt. Die Sowjetregierung hat der britischen Regierung am 28. Oktober eine Note überreichen lassen, in der unter Bezugnahme darauf, daß die Brüsseler Konferenz die Gewährung von Krediten zur Milderung der russischen Hungersnot von der Anerkennung der Schulden der vormaligen russischen Regierungen abhängig gemacht hat, erklärt wird, die Sowjetregierung habe angesichts der hungernden Massen beschloffen, die zaristischen Schulden vor dem Jahre 1914 anzuerkennen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß besondere Bedingungen und Erleichterungen gewährt würden, die die Verwirklichung dieses Versprechens nötig machen. Absolute Bedingung für diese Anerkennung sei, daß die Großmächte sich verpflichten,

jeder Aktion, die die Sicherheit der Sowjetrepublik und der Republik des fernen Ostens bedrohe, ein Ende zu bereiten, mit der Sowjetregierung einen endgültigen Frieden abzuschließen und sie anzuerkennen. Zu diesem Zwecke schlage die Sowjetregierung vor, schleunigst eine internationale Konferenz einzuberufen.

London, 31. Okt. Die bereits bekanntgegebene Note der Sowjetregierung an die britische Regierung ist heute nachmittag beim Auswärtigen Amt eingetroffen. Reuter berichtet, daß die Note vielleicht zu wichtigen Ergebnissen führen könne, indem sie von neuem die gesamte russische Frage in den Vordergrund stelle. Laut „Evening Standard“ herrscht in der City keinerlei Begeisterung für die in der Note Tschitscherins enthaltenen Vorschläge. Die Vorschläge Rußlands liefen auf ein Erlösen um Kredit hinaus. Grundbedingung dafür müsse jedoch sein, daß Rußland selbst ein erzeugendes Land werde und die Kontraktgesetze anerkenne, wie sie in den westlichen Ländern beständen.

### Das französisch-türkische Abkommen.

Paris, 30. Okt. Wie die Abendblätter mitteilen, hat die französische Regierung gestern das am 20. Oktober in Angora unterzeichnete türkische Abkommen ratifiziert, das bereits von der Nationalversammlung in Angora zum Austausch der Unterschrift ratifiziert worden war. Nach dem „Temps“ soll das Abkommen innerhalb zweier Monate, gerechnet vom 4. November an, ausgeführt werden. Es enthält u. a. folgende Bestimmungen: Die Bagdad-Bahn wird auf der Strecke zwischen Bosanti und Mossin von einer französischen Gesellschaft betrieben werden. Die französischen und die türkischen Behörden erkennen sich gegenseitig das Recht zu, sowohl auf syrischen wie auf türkischem Gebiet Truppen auf dem Schienenweg zu beschleunigen. Auf syrischem Gebiet soll in Alexandrette eine Sonderverwaltung eingerichtet werden, um die Rechte der türkischen Bevölkerung zur Geltung zu bringen. Das Türkische wird dort zu den Amtssprachen gehören. In Cilicien wird der Schutz der Minderheiten durch Maßnahmen und nach ähnlichen Regeln gesichert, wie sie die verschiedenen europäischen Friedensverträge zu dem gleichen Zweck enthalten. Schließlich soll durch besondere wirtschaftliche Maßnahmen verhindert werden, daß Nordsyrien durch eine Zollgrenze von den anliegenden türkischen Gebieten abgeschnitten wird. Das „Journal des Debats“ hebt eine Entscheidung hervor, auf die anscheinend amtlicherseits Wert gelegt wird. Das Blatt stellt fest, daß es sich nicht um einen Vertrag, sondern um ein Abkommen zu dem Zwecke handelt, an der eilischen Grenze den Frieden wieder herzustellen. Bis zum 4. Januar n. J. räumen die französischen Truppen Cilicien.

Paris, 31. Okt. In dem von dem Minister des Auswärtigen der Regierung von Angora an Franklin Bouillon gerichteten Schreiben heißt es: Die Regierung der großen Nationalversammlung ist bereit, die Konzession der alten Chrom- und Silbergruben in dem Tale von Herakite für die Dauer von 99 Jahren einer französischen Gruppe zu übertragen, die in einem Zeitraum von spätestens 5 Jahren nach der Unterzeichnung des gegenwärtigen Abkommens den Betrieb durch eine unter Teilnahme türkischen Kapitals in Höhe von 50 Prozent gebildeten Gesellschaft beginnen muß. Außerdem ist die türkische Regierung bereit, alle Konzessionsgesuche für Bergwerke, Eisenbahnen, Häfen und Flüsse seitens der französischen Gesellschaft mit größtem Entgegenkommen zu prüfen. Weiter wünscht die Türkei aus der Mitarbeit französischer Fachprofessoren für ihre Schulen Nutzen zu ziehen. Schließlich hofft die Türkei, daß sofort nach Abschluß des Abkommens die französischen Kapitalisten in wirtschaftliche und finanzielle Verhandlungen mit der Türkei treten.

### Parteitag der französischen Radikal-Sozialisten.

Für den Völkerrfrieden.

Paris, 30. Okt. Der Parteitag der sozialistischen Radikalen nahm in seiner Schlussitzung eine Tagesordnung an, in der der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker betont und jede Beschränkung dieses Rechts durch Vassallengewalt, Blockade oder Einschüchterung abgelehnt wird. Die Tagesordnung verlangt die freundschaftliche Zusammenarbeit aller Völker, die guten Willens sind, für den sozialen Fortschritt zu arbeiten und die Garantie für die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen geben wollen. Jeder Versuch der Unterdrückung eines Volkes durch ein anderes wird abgelehnt. In Europa müsse ein Frieden, aufgebaut auf dem gegenseitigen Vertrauen der Völker, eingeleitet werden, jedoch zur Sicherheit Frankreichs gegen Angriffe die Möglichkeit geheimer Bewaffnung verhindert und das Verbot geheimer militärischer Organisationen erjtrert werden.



#### Lebedours Erscheinen mit Beifall begrüßt.

Paris, 30. Okt. Auf dem Sozialistenkongress hat in der heutigen Vormittagssitzung der Abgeordnete Blum den Bericht der Kammerfraktion vorgetragen, der einstimmige Annahme fand. Die elsass-lothringische Eisenbahn der französischen Ostbahn anzugliedern. Während der Sitzung erschien als Vertreter der deutschen Unabhängigen der Reichstagsabgeordnete Lebedour. Er wurde von dem Präsidenten des Kongresses, Mayerat, lebhaft begrüßt und der Beifall der Versammlung beim Erscheinen des deutschen Reichstagsabgeordneten wurde von dem Präsidenten als ein Zeichen der Entspannung der Geister bezeichnet, um zu einer vollkommenen Verbrüderung der Völker zu gelangen.

Paris, 31. Okt. In der gestrigen Nachmittagsitzung des Sozialistenkongresses kamen die ausländischen Vertreter zu Wort. Für die deutschen Unabhängigen sprach Reichstagsabgeordneter Lebedour. Er erklärte, die Wiederherstellung der Internationalen ohne Ausschluß irgend einer sozialistischen Gruppe — sogar mit Einschluß der Kommunisten, die auch Arbeitervertreter seien — sei notwendig. Jedoch erklärte Lebedour es für erforderlich, daß jeder nationalen Partei ihre Unabhängigkeit in Fragen der Taktik belassen werde. Es sei von Wichtigkeit, daß alle ausländischen sozialistischen Parteien, insbesondere die französische, energisch gegen den Militarismus und den Imperialismus ihrer Regierungen vorgingen, damit sie den deutschen Sozialisten ihre Aufgabe, den Kampf gegen den Chauvinismus, das Allduhtum und den Militarismus, erleichterten. Lebedour sprach in französischer Sprache.

Paris, 31. Okt. In der heutigen Vormittagssitzung des Sozialistenkongresses sagte Renaudel, damit der Sozialismus sich entwickeln könne, müsse er bessere Lösungen für die Probleme finden, die jetzt vorliegen. Die deutschen Arbeiter dürften nicht unterdrückt werden, denn in Deutschland befindet sich das Herz der sozialistischen Einheit. Renaudel erklärte sich für die Bildung eines permanenten Organismus, der nicht von den Ereignissen überrascht werde. Dessen Arbeiten könnten die internationalen Beziehungen enger gestalten. — Sodann nahm Lebedour das Wort, um den Kongreßteilnehmern seine volle Uebereinstimmung mit ihren Ansichten über eine Politik der Verständigung auszudrücken. Er erklärte sich befreit von den Wiesbadener Abmachungen und rühmte die Loyalität der Regierung Wirth, die aufrichtig friedfertig sei.

#### Die Forderungen des engl. „Liberalen Bundes“ zur Behebung der Weltwirtschaftskrise.

London, 31. Okt. Der Liberale Bund wird auf seiner Jahresversammlung am 24. und 25. November in Newcastle-on-Tyne eine Anzahl von Entschlüssen über Fragen betreffend den Handel, die Finanz, die Arbeitslosigkeit und die Reparationen fassen. Eine der Entschlüsse besagt, es bestehe keine Hoffnung auf ein Wiederaufleben des Handels und auf völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wenn die Regierung nicht unter anderem folgende fundamentale Veränderungen ihrer bisherigen Politik vornehme: Neuordnung der internationalen Schulden, Herabsetzung der deutschen Reparationen und Entschädigungen, ein erster Versuch zur Herbeiführung eines wirklichen Friedens zwischen den europäischen Nationen, Beseitigung aller Beschränkungen für den britischen Handel, einschließlich des Industrieschutzgesetzes. Ein weiterer Antrag besagt, alle Versuche zur Wiederherstellung des Handels und des Gewerbes seien zwecklos, wenn nicht der Friedensvertrag geändert und der freie Handel wieder hergestellt werde. — Abgesehen wird im Zusammenhang mit dieser liberalen Konferenz am 25. November eine Rede gehalten.

#### Aus den besetzten Gebieten.

Ein Engländer über die schwarze Schmach.

London, 31. Okt. „Sunday Express“ veröffentlicht einen Artikel von Frederick Alberton Wilson, der aus Wiesbaden vom 29. Oktober datiert ist. Der Verfasser schildert darin auf Grund einer mehrwöchigen Reise im Rheinlande und in der Pfalz die tiefe Erschütterung, die in den Bevölkerungsteilen über die Verwendung der farbigen französischen Truppen herrscht. Die deutschen Ärzte seien in Verzweiflung über die Zunahme von Krankheiten. Alle Maßnahmen zu besserer Ueberwachung würden von den Besatzungsbehörden mit Abscheu und der Bemerkung: „Das ist der Krieg!“ beantwortet. Die Einrichtung öffentlicher Säuer sei ein weiterer Fleck auf dem Konto der Franzosen. Unweit meines Wiesbadener Hotels, sagt der Verfasser, befindet sich ein auf Anordnung der französischen Behörden eingerichtetes Bordell, das gemäß den gegebenen Anordnungen mit deutschen Frauen beliefert ist und von Senegalesen besucht wird. Der Verfasser fährt fort: Ich fürchte, es haben sich zahlreiche Fälle von Ueberfällen ereignet. Kein deutsches Mädchen darf sich abends ohne Begleitung ins Freie wagen. Der Verfasser zieht einen Vergleich zwischen der Unzufriedenheit der Bevölkerung in der französischen und dem guten Verhältnis zwischen der Kölner Bürgerschaft und den englischen Besatzungstruppen und schließt: Das französische Publikum ist über die tatsächlichen Verhältnisse schlecht unterrichtet. Frankreich muß seine bisherige Politik aufgeben. Frankreich kann den Rhein auch ohne farbige Truppen überwachen und damit eine sehr berechtigte Beschwerde der Deutschen berücksichtigen. Gewalt-Recht der Belgier.

Berlin, 1. Nov. Am 6. Oktober waren im Saal eines Kesselfabrikanten ehemalige Offiziere vom Infanterieregiment 54, die sich dort zu einem kameradschaftlichen Wiedersehen eingefunden hatten, von belgischem Militär verhaftet und nach Moskau transportiert worden. Blättermeldungen zufolge wurden sie jetzt von dem belgischen Kriegsgericht, obwohl die Zusammenkunft nachweisbar frei von jeder politischen Tendenz

war, zu Gefängnis und Geldstrafen verurteilt und zwar erhielten zwei je 4 Monate Gefängnis und je 5000 Mark Geldstrafe und 28 je 2 Monate Gefängnis und je 10 000 Mark Geldstrafe.

#### Einigung über die Neuordnung der Beamtenbesoldung.

Berlin, 31. Okt. Ueber die Frage des Neuaufbaues des Besoldungswesens und die wegen der weiter eingetretenen Teuerung für die Beamten zu treffenden Maßnahmen haben die seit mehreren Tagen geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Beauftragten der Spitzenorganisationen zu einer Verständigung geführt. Wenn auch die Wünsche der Beamtenorganisationen nicht restlos erfüllt werden konnten, so wurde doch eine Erhöhung der Grundgehälter zugestanden, die sich als notwendig erwiesen hat, weil sonst die wandelbaren Teuerungsbezüge in ein zu starkes Mißverhältnis zu den festen pensionsfähigen Bezügen gekommen wären. Auch der Ortszuschlag und der Kinderzuschlag soll wesentlich erhöht werden. Dagegen kann der Teuerungszuschlag wieder in ein gesundes Verhältnis zu den Grundbezügen gebracht werden. Es ist ein Satz von 20 Prozent vorgesehen. Der durch diese Maßnahmen bedingte Mehraufwand ist ein erheblicher, aber wegen der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse unvermeidlich. Der Beamtenstand des Reiches und der Länder wird durch die vereinbarten Verbesserungen, die mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 gewährt werden sollen, eine wesentliche Hilfe in ihrer derzeitigen Notlage zuteil. Alle beteiligten Faktoren sind sich darüber einig, daß die Mehraufwendungen an die Beamten mit größter Bescheidenheit ausbezahlt werden sollen. Die Reichsregierung wird die Gesetzesvorlage den gesetzgebenden Körperschaften ungeschmälert unterbreiten. — Ueber die für die Angestellten und Arbeiter vorzunehmenden Verbesserungen wird unbeeinträchtigt im Anschluß an die Beamtenverhandlungen verhandelt werden.

Berlin, 1. Nov. Ergänzend zu der offiziellen Mitteilung über die Verständigung in der Beamtenbesoldungsfrage erzählt das „Nicht-Abendblatt“: Durch die Erhöhung der Grundgehälter beträgt jetzt das Gehalt der Beamten der ersten Gruppe (Gruppe I) 7500 M. jährlich, gegen 4000 M. früher, der Gruppe II 10 000 Mark, gegen 4300 M. Bei Gruppe III erhöht sich das Jahresgehalt von 4600 M. auf 11 500 M. Bei den Gruppen V, VI und VII erhöht sich das Gehalt auf das Doppelte und darüber, bei den Gruppen X und XI auf das Dreifache des bisherigen Grundgehalts. Die höchste Gruppe, Gruppe XIII, steht ein Jahresgrundgehalt von 53 000 M. vor. Die Erhöhung der Beamtenbezüge bringt für das Reich eine jährliche Mehrbelastung von 20 Milliarden Mark. — Die Verhandlungen über eine Erhöhung der Löhne für die Staatsarbeiter beginnen morgen. — Bezüglich der Pensionäre und Hinterbliebenen hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, ihren Pensionären ähnliche Teuerungszulagen zu gewähren, wie sie Preußen und Bayern bereits bezahlen.

#### Deutschland.

##### Zu den Landtagswahlen in Baden.

Die Einberufung des Badischen Landtags.

Karlsruhe, 31. Okt. Nach der Badischen Verfassung tritt der neu gewählte Landtag innerhalb 10 Tagen nach den Neuwahlen zusammen. Wie die Pfalz. N. N. erfahren, wird der Landtag am Mittwoch, den 9. November, sich im Ständehaus versammeln.

Die Mitglieder der Regierung sind wiedergewählt.

Karlsruhe, 31. Okt. Unter den gestern zu Mitgliedern des Landtags gewählten Abgeordneten befinden sich (nach der Pfalz. N. N.) auch sämtliche Mitglieder des bisherigen badischen Kabinetts und zwar Staatspräsident Trunk (Ztr.), Minister des Innern Kemmle (Soz.), Arbeitsminister Dr. Engler (Soz.), Finanzminister Köhler (Ztr.), Minister des Kultus und Unterrichts Hummel (Dem.), sowie die Staatsräte Weichhaupt (Ztr.), Warum (Soz.) und Schön (Dem.). — Unter den Abgeordneten, die wiederum zum Landtag kandidierten sind vorgestern Gewerkschaftsbeamter Rieslich in Vörrach, Arbeitersekretär Markloff in Freiburg und Redakteur Dr. Kraus in Heidelberg von der sozialdemokratischen Partei, Gewerkschaftsbeamter Wilhelm Müller in Karlsruhe-Mippurr vom Zentrum, Deconomierat Bielehauer in Rastatt, Pfarrer Jehn in Unterschöps und Amtsrichter Dr. Veier von der demokratischen Partei nicht wiedergewählt worden.

##### Zu den Rapp-Putsch-Prozessen.

Berlin, 28. Okt. Entgegen einer Meldung der Münchener Augsburger Abendzeitung, wonach Kapitän Erhardt, Oberst Bauer, Major Pabst und Schnitzler bereits vor einem halben Jahre der Reichsregierung ihre Selbstgestellung angeboten hätten, gibt der Oberreichsanwalt, einer Blättermeldung aus Leipzig zufolge, eine Erklärung ab, in der es heißt: Erst in allerletzter Zeit haben Erhardt, Bauer, Pabst und Schnitzler das Ersuchen um freies Geleit gestellt. Für den Oberreichsanwalt ergab sich dadurch die Möglichkeit, langwierige doppelte Verhandlungen zu vermeiden. Er hat dem Ersuchen stattgegeben, bisher allerdings noch keinen Beschuldigten zurückbekommen, ob die vier nun tatsächlich sich dem Reichsgericht stellen werden. Es hat noch kein neuer Termin festgesetzt werden können. Sollten die vier sich nicht bald bereit erklären, vor dem Reichsgericht zu erscheinen, so wird die Verhandlung gegen Jagow, Wangenheim und Schiele besonders voranzugeworfen werden.

Berlin, 29. Okt. Im Anschluß an die Bekanntmachung eines Beschlusses des Reichsgerichts vom 17. Oktober, durch den 4 im Rapp-Putsch-Prozess Beschuldigten, nämlich dem Oberst Bauer, dem Korvettenkapitän Erhardt, Major Pabst und dem Schriftsteller Schnitzler freies Geleit bewilligt worden war, ist in der Presse die Behauptung verbreitet worden, die genannten Beschuldigten hätten zwar vor einem halben Jahre ihre Bereitwilligkeit erklärt, sich unter gewissen Garantien dem Reichsgericht zu stellen, dieses Angebot aber jetzt nicht erneuert, so daß die Entscheidung des Reichsgerichts auf das alte, seinerzeit unbeachtet gebliebene Anerbieten der Beschuldigten zurück-

greife. Diese Darstellung ist unrichtig. Vielmehr hat der Verteidiger der Beschuldigten am 14. Oktober d. J. den Antrag auf Verschonung der Beschuldigten mit der Untersuchungshaft gestellt. Es ist über diesen Antrag hat das Reichsgericht am 17. Oktober d. J. entschieden. Da die Beschuldigten der in diesem Beschluß angelegten Verpflichtung, sich ungesäumt dem Untersuchungsrichter in Leipzig zu stellen, nicht nachgekommen sind, hat das Reichsgericht durch Beschluß vom 24. Oktober d. J. die Bewilligung des freigesetzten Geleits zurückgenommen.

#### Vermischte Nachrichten.

##### Der neue Hapagdampfer „Württemberg“.

Hamburg, 31. Okt. Der neue auf der Bremer Vulkanwerft gebaute Hapagdampfer „Württemberg“ tritt am 10. November seine Fahrt nach Newyork an. Mit der Einstellung dieses Dampfers in der ursprüngliche Plan des Hapag-Harriman-Abkommens je drei Dampfer zwischen Hamburg und Newyork in Dienst zu stellen, erfüllt. Während der Probefahrt waren die Minister Brauns und Gröner und der württ. Staatspräsident Hieber an Bord.

(S. S.) Stuttgart, 31. Okt. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Am Samstag, den 29. Okt., fand von Bremerhaven aus die erste Probefahrt des neuen Dampfers der Hamburg-Amerika-Linie, der den Namen „Württemberg“ trägt, statt. Der württ. Staatspräsident Dr. Hieber war von Berlin aus wo er in den letzten Tagen weilte, dorthin gereist und nahm persönlich an der Fahrt teil. Der württ. Regierung wurde der Beginn der Probefahrt durch folgendes Telegramm des Generaldirektors Cuno von der Hapag angezeigt: „In der Stunde, in der am Großmarkt unseres neuen Dampfers „Württemberg“ die Flagge der Hamburg-Amerika-Linie erscheint, werden wir der württ. Staatsregierung und Bevölkerung, als deren Vertreter wir zu unserer Freude den Herrn Staatspräsidenten begrüßen, treuer verbundene Grüße von Nord nach Süd.“

##### Eine giftige Luftwelle.

Berlin, 31. Okt. Der oldenburgische Ort Jemel ist nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ von einer giftigen Luftwelle heimgesucht worden. Personen sind augenblicklich ohnmächtig geworden und erholten sich erst wieder nach mehreren Stunden.

#### Aus Stadt und Land.

Calw, den 1. November 1921.

##### Der November.

Der November ist der 11. Monat in unserem Kalender. Bei den alten Römern war es der neunte, der novembris, wovon ihm sein heutiger Name geblieben ist. Der November obwohl noch ein Herbstmonat, ist ein unfreundlicher Geselle. Er trägt die Anzeichen des nahen Winters: Kälte, Eis und Schnee. Er ist der Uebergangsmonat vom Herbst zum Winter. In einer Bauernregel heißt es: Allerheiligen bringt Sommer für alle Weiber, der ist des Sommers letzter Vertreter. Von den übrigen Postagen ist der 11. November der bekannteste, der Martinstag, von dem es heißt: „Sankt Martin setzt sich schon mit Pant am warmen Ofen auf die Bank“. Auch der 25. November, Katharina, ist ein Postag. Von ihm heißt es: Schaff Katharina vor Frost sich Schutz, so wartet man draußen in Schmutz.

##### Das Wohnungsabgabegesetz.

In einer Versammlung der württ. Bürgerpartei im Städtischen Museum sprachen Professor Weitzbrecht und Oberrechnungsrat Ströhm über die Notlage der Mieter und der Vermieter und die Wohnungsabgabegesetze; ersterer für die Vermieter, letzterer für die Mieter. Beide Redner betonten, daß die Zwangswirtschaft zwar vorüber nicht aufgegeben werden könne, daß aber der schrittweise Abbau erwünscht wäre bei entsprechender Vermehrung des Wohnraums. Der Mietzins könne nicht den gerechten Maßstab für eine Mietsteuer bilden. Dafür komme nur das Einkommen in Betracht. Das Wohnungs- und das württ. Landesgesetz über die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus seien in der jetzigen Form unausführbar, daher gänzlich umzuwerfen. Abg. Weber gab eine Darstellung über die Behandlung der Wohnungsfrage im württ. Landtag. In einer Entschließung wurde das Reichs- und Landesgesetz zur Wohnungsabgabe als ungeeignete, verfehlte und verhängnisvolle Maßnahme zur Behebung der Wohnungsnot bezeichnet und gegen das Landesgesetz entschieden. Der Einspruch erhoben. Der Fraktion der B. P. wurde volle Billigung für die Ablehnung des Gesetzes ausgesprochen und als wenigstens Mittel zur Dämpfung der Wohnungsnot empfohlen: Restriktiver Abbau der Zwangswirtschaft, freie Wohnungswirtschaft für große Wohnungen, Erhebung des Kapitalzuschusses für Neubauten durch Zinsgarantien, Verpflichtung der großen Vermögen zum Eigenbau, Abschaffung der Steuerbefreiung der Mieter von sog. gemeinnützigen Gesellschaften gegenüber den anderen Mietern und Abschaffung von Bestimmungen, die die Erhaltung der Wohngebäude aus deren Erträgen verhindern.

##### Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Angestelltenversicherung.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte schreibt: Mit dem 31. Dezember 1921 läuft die Frist zur Nachzahlung freiwilliger Beiträge für die Jahre 1914—20 ab. Versicherte, deren Anwartschaft in diesen Jahren nicht aufrecht erhalten ist, müssen also, um ihre Ansprüche nicht zu verlieren, die fehlenden freiwilligen Beiträge bis zum Schluß dieses Jahres einzahlen. Zur Erhaltung der Anwartschaft müssen in jedem Jahre mindestens 8 Kalendermonate mit Pflicht- oder freiwilligen Beiträgen oder mit sog. Ersatzbeiträgen (s. B. Krankheit, Minderndienste) belegt sein. Ferner können Angestellte bis zum 31. Dezember 21 Pflichtbeiträge, deren Entrichtung aus einem nicht in ihrer Person liegenden Grunde unterblieben, aber zur Erhaltung der Anwartschaft notwendig ist, sämtlich oder teilweise nachträglich einzahlen oder die Stundung bei der Versicherungsanstalt für Angestellte beantragen.

##### Die Kapitalertragssteuer.

Obwohl schon des öfteren in der Presse darüber aufgeführt worden ist, tauchen, vermutlich im Zusammenhang mit der 10prozentigen Kapitalertragssteuer, immer wieder Gerüchte auf, als ob vom Reich-



elmeht hat der Verteidiger  
den Antrag auf Ver  
forschungsfähigkeit gestellt. So  
gerichtet am 17. Oktober da  
r in diesem Beschluss auf  
m Untersuchungsrichter in  
nd, hat das Reichsgericht  
ie Bewilligung des scheren

## richtigen.

**Württemberg.**  
Der Bremer Vulkanwerft ge  
am 10. November sein  
stellung dieses Dampfers  
man-Abkommens je dr  
t in Dienst zu stellen, es  
die Minister Brauns und  
eber an Bord.

ndiger Seite wird mi  
von Bremerhaven aus die  
Hamburg-Amerika-Lini  
t. Der württ. Staatsprä  
wo er in den letzten Tagen  
an der Fahrt teil. Dr  
Probefahrt durch folgenden  
on der Hapag angezeigt  
unseres neuen Dampf  
amerika-Linie erscheint, be  
verhöflichkeit, als deren  
Staatspräsidenten  
ach Süd."

**Welle.**  
rt Jodel ist nach einer Mi  
einer giftigen Dosis  
abwies obmühtig gewo  
reren Stunden

## Land.

1. November 1921.

er.  
unserem Kalender. Bei  
der novembris, wovon  
Der November obwohl  
licher Geleise Er trägt  
te, Eis und Schnee. Er  
zum Winter. In einer  
bringt Sommer für alle  
rtreiber. Von den Brä  
er bekannteste, der Ma  
artin lebt sich schon mi  
Nuch der 25. Novemb  
hm heißt es: Schall  
artet man draußen in

## abgegeben.

Würgerpartei im Württ.  
Oberrechnungsrat Ströhm  
Vermieter und die Woh  
leter, letzterer für die Mi  
ngswirtschaft zwar vor  
der schrittweise Abbau  
ung des Wohnraums. Da  
ab für eine Mietssteuer in  
in Betracht. Das Miets  
gabe zur Förderung der  
unausführbar, daher ge  
stellung über die Behan  
a. In einer Entscheidung  
Wohnungsabgabe als un  
Maßnahme zur Behan  
Landesgesetz entliehen  
B.B. wurde volle Will  
gegründet und als mi  
Wohnungsnot empföhen;  
freie Wohnungswirtschaft  
alszuwuchses für Neubauten  
großen Vermögen zum  
gung der Mieter von so  
anderen Mietern und  
Erhaltung der Wohnmitel

## Haas und Garten.

### Zur Behandlung der 1921er Obstmoße.

Von Professor Dr. Meißner.

Bei der Weinbau-Versuchsanstalt Weinsberg werden seit  
langer Zeit Klagen darüber laut, daß

1. manche Obstmoße sich schon klären, aber nur schwach gä  
ren und lange süß bleiben. Es handelt sich dabei vielfach um  
Eistmoße, die aus Birnen, oder aus einem Gemisch von Äpfeln  
und Birnen hergestellt sind. Derartige Moße sind meist herb  
im Geschmack. Ein Teil des Gerbstoffes hat sich mit den Eiwei  
ßen chemisch verbunden, weshalb sich die Moße rasch klären,  
aber die Hefen auch Mangel an Stickstoff haben. Deshalb  
ist die Krung bei solchen Moßen ein schleppende. Um sie  
schäfter zu gestalten, empfiehlt sich der Zusatz von 20 Gr. Sal  
miel, der in etwas Most warm gelöst wird, zu je 100 Liter  
Most. Auch der Zusatz von Reihhefe ist sehr empfehlenswert;  
die Gärtemperatur sollte 12-15 Grad Celsius betragen.

2. Manche Moße sind säuerlich, was man durch den Ge  
schmack schon herausfindet. Es empfiehlt sich deshalb ein Zu  
satz von 100-150 Gramm Weinsäure, oder, wenn diese nicht  
zu erhalten ist, Citronensäure (pro Hektoliter). Vollständig zu  
verwerfen ist der Zusatz von Salicylsäure zum Obstmost, ebenio  
der von Mann, was übrigens nach dem Weingesetz verboten ist,  
oder der Zusatz von Kochsalz, Nupstern, Gerbstoff usw.

3. Wenn Moße schwarz werden, so kann hieran der geringe  
Gesamtzuckergehalt des Mostes die Schuld tragen. Nach meinen  
Erfahrungen sind solche Moße schwarzwerdenden Obstmoße viel  
schwerer eifiglich, weshalb anzuraten ist, derartige Moße beizugeben  
d. h. dann, wenn noch zu helfen ist, in einem chemischen Labo  
ratorium auf Essigsäure untersuchen zu lassen.

4. Die Obstmoße müssen anfangs Dezember von der Hefe  
abgelassen werden in mittelstark eingebrannte Fässer, um die

(SCH) Heilbronn, 31. Okt. Nach einer Zecherei in der Wirt  
schaft zum „Elefanten“ in der Lammgasse, wobei es zu Strei  
tereien kam, hat der Schlosser Emil Eble seine bereits weg  
gegangenen Zechgenossen verfolgt und den Müller Georg Ehren  
feld mit dem Messer in die Brust gestochen, daß er tot am  
Platz blieb. Weiter erhielt die getrennt lebende Kellnerin  
Käthe Weißert von Eble schwere Stichverletzungen, so daß sie  
ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Sie ist laut Mediz  
zeitung die Frau jenes Weißert, der vor einiger Zeit in der  
Sülmstraße im Streit einen Mann erschossen hat. Der Messer  
held Eble, der vor kurzem friedliche Passanten nachts unsittig  
belästigte, wurde verhaftet.

(SCH) Oberndorf, 31. Okt. Der kürzlich gewählte Ratshre  
ber Baner wurde am Donnerstag in sein neues Amt als  
Stadtvorstand eingesetzt. Die Beerdigung nahm Regierungsrat  
Haller vor. Willkommgrüße entboten Gemeindevater Scheible,  
Stadtbaumeister Schleicher, die Stadtpfarrer Dr. Ströbele,  
Schwarz, Rektor Gunkel, Polizeikommissar Langhans, Stadt  
Schultheiß Ritter-Schramberg und Schultheiß Ring-Negingen.

(SCH) Ravensburg, 31. Okt. Die Zahl der Todesopfer,  
die dem Typhus erlegen sind, hat sich von 4 auf 5 erhöht.  
Im Elisabethkrankenhaus ist die 16 Jahre alte Gutsbeijers  
tochter Pauline Gindele von Volschendorf bei Ringenweiler  
an den Folgen der Typhuserkrankung gestorben.

## Vertretertag der Württg. Bürgerpartei.

### Deutschnationale Führer zur politischen Lage.

(SCH) Stuttgart, 30. Okt. Aus Anlaß des Vertretertages der  
Württ. Bürgerpartei sprachen in öffentlichen, überaus zahlreich be  
suchten Versammlungen der Führer der Deutschnationalen im Reich,  
Staatsminister a. D. Hergt, über die politische Lage und der kürz  
lich vom Zentrum zu den Deutschnationalen übergetretene katholische  
Universitätsprofessor Martin Spahn über innerpolitische Fragen  
und die deutschnationalen Katholiken. Hergt, der Mann mit dem  
hart klingenden Namen, wurde im überfüllten Dinkelscherl mit  
einer Begeisterung begrüßt wie man es in Stuttgart noch selten er  
lebt hat und von dem Landesvorsitzenden der Bürgerpartei, Abg. Dr.  
Veitinger, mit einer tiefempfundener vaterländischen An  
sprache bewillkommen. Seine Ausführungen über die politische Lage  
zeichneten sich durch große Klarheit und Eindringlichkeit aus. Er er  
innerte zunächst an den 26. Oktober als an einen schwarzen Tag,  
an dem im Reichstag ein Schlußakt unter das Drama von Ver  
fallendes sich abgespielt hat. Dennoch ist in der oberflächlichen Frage  
keine vollendete Tatsache geschaffen, denn Völker haben nicht nur ein  
Augenblicksleben. Die Ewigkeitsbestimmung eines Volkes müssen  
wir uns vor Augen halten. Das ist im Reichstag nicht geschehen.  
In einer geistreichen Parallele verglich der Redner die Haltung  
Frankreichs nach 1870 mit dem Verhalten des Reichstages. Dort  
wurde die große Revancheidee aufgerichtet, die das ganze Volk, ja  
die ganze Welt gegen uns, die wir mit gutem Rechte handelten, ge  
fangen nahm und zum Erfolg geführt. Im deutschen Reichstag wurde  
einem klar, wie notwendig die nationale Erziehung ist. Für uns gab  
es nur ein Abweichen, denn der Senfer Entscheid ist der schwerste  
Verstoß gegen die Nation. Mit der Entsendung von Kommisaren wurde die  
oberflächliche Entscheidung anerkannt. Es gibt auch eine deutsche  
Ehre und es muß einmal eine Grenze geben. Risiken, trotz der  
schwersten Bedenken und Folgen war unser Ziel, zumal die franz.  
Note deutlich erkennen ließ, daß die Feinde ängstlich waren. Ein  
wichtiger Protest hätte den Aufstand zur großen Freiheitsbewegung  
geben müssen. Die Regierung hat protestiert, aber zu wenig, es  
fehlte das große Ziel der deutschen Politik. Unsere Resolution wollte  
das. Sie war von Demokraten und Zentrum gebilligt, aber Wirth  
hatte seinen Getreuen erklärt, dann trete das Kabinett zurück. So  
fielen die alten Koalitionsparteien bei der Abstimmung im Reichstag  
um und damit fehlt die Grundlage für unsere Wiedergewinnungs  
politik. Wir werden nicht nachlassen, das Geraube durch Kampf, und

sei es auch durch Krieg, wieder zu gewinnen, denn es ist 700 Jahre  
altdeutsches Land. Der Redner behandelte hierauf innerpolitische  
Fragen, zeigte wie der Kanzler Wirth seinerzeit die Flaggenfrage  
durch sein Eingreifen gegen die Hansafabte und die Mehrheit der  
deutschen Bevölkerung entzünden und wie in der ganzen Ultima  
tums- und Erfüllungspolitik Fiasco gemacht wurde. Wirth sei der  
Typ des Parteiführers, die Vorgänge in Berlin nur ein Nüchtern  
spiel gewesen. Im einzelnen beleuchtete Hergt sodann das Kabinett  
der Persönlichkeiten, das nach Rathenau den größten unter den zehn  
Kanzlern habe. Die Deutschnationalen müßten diesem Kabinett mit  
dem schärfsten Mißtrauen gegenübersehen. Bei der Charakterisierung  
des Verhaltens der einzelnen Parteien meinte Hergt, das Zentrum  
gleiches einem Schiff, dessen Steueremann nicht wisse, wohin die Fahrt  
gehe. Bei den Demokraten schien zunächst ein Wunder zu geschehen,  
so forsch, kraftvoll und deutsch traten sie auf, bis sie bei der Abstim  
mung dem Kabinett das Vertrauen gaben, während sie gleichzeitig  
ihren 3 Ministern verweigerten, darin zu bleiben. Die große Koa  
lition der Mitte könne den Deutschnationalen nur recht sein, wenn  
sie Leistungen vollbringe. Der Deutschen Volkspartei drohe Gefahr,  
daß sie sich neben der Sozialdemokratie nicht durchsetze. Zum Schluß  
zeichnete der Redner den kommenden Weg der Dinge in Deutschland,  
die weiteren Versuche der Regierung Wirth, sich durch Fortwurseln  
zu helfen. Das System werde einmal abwirtschaften, dann sei die  
Zeit der großen Rechten gekommen, die die Gegensätze zwischen  
Marxismus und Bürgertum überbrücke, keine Katastrophopolitik  
mache, sondern eine Politik der Einheit, Klarheit und Wahrheit  
mache. — Dem minutenlang kühnlichen Beifall folgte das gemein  
sam gesungene Deutschland-Lied.

Am Sonntag Nachmittag sprach im überfüllten Stadtparksaal  
Universitätsprofessor Martin Spahn in einer ausgezeichneten, tief  
schürfenden zweistündigen Rede über innerpolitische Fragen, wobei  
er sich besonders mit dem Zentrum auseinandersetzte, von dem der  
Redner bekanntlich herkommt. Er gab dabei bemerkenswerte geschicht  
liche Darlegungen über die Zentrumspolitik seit der Gründung der  
Zentrumspartei und erinnerte daran, wie nach der Revolution es  
schien, als ob auch im ganzen deutschen Katholizismus nur eine  
Rechtspolitik gemacht werden könne. Wenn man rückwärts in der  
Geschichte des Zentrums blätterte, so könne man feststellen, daß in  
früheren Zeiten der Zug nach rechts im Zentrum stark gewesen ist,  
obwohl in verfassungspolitischen Fragen die Vereinigung von Zen  
trum, Linksliberalismus und Sozialdemokratie bis auf Windthorst  
zurückgehe, was dieser jedoch später bebauert habe. Ueberwiegend  
aber war bis zum Kriege die Haltung des Zentrums eine der Rechts  
politik günstige, die im Reich die Durchführung dieser unter Bismarcks  
Nachfolgern möglich machte. Mitten im Krieg, im Jahr 1917, habe  
das Zentrum die Richtlinien seiner Politik, christliches Bekenntnis  
und unbedingtes Festhalten an der Monarchie, festgelegt und die  
Christlichen Gewerkschaften ein Programm in ähnlichem Sinn aus  
gearbeitet. Wie war es möglich, daß es 1917 und dann nach den  
Stürmen der Revolution seine Ueberzeugung opferte und sich bisher  
in den Dienst einer Festigung der Revolution und einer solchen der  
Linken zur Verfügung stellte. Wirth nimmt das Wort christlich und  
deutsch kaum in den Mund und betont immer wieder, daß er wegen  
Demokratie und Republik im Amt bleiben müsse. Heute geht das  
Zentrum in der inneren Politik mit Sozialdemokratie und Unab  
hängigen zusammen und der Volksteil, der seiner Zusammenfassung  
und Religiosität nach rechts gerichtet sein mußte, wirft sein Gewicht  
in die Waagschale zugunsten einer sozialistischen Linkspolitik. Die  
Deutsche Volkspartei war 10 Monate in der Regierung, aber ohne  
Einfluß. Das Ergebnis der Entwicklung ist der große Linksabwurf,  
dem zum wiederholtenmal seitens der Unabhängigen ausdrückliche  
Billigung zugesichert wurde. Wenn Wirth seine Politik so orientiert,  
wird es ändern Katholiken erlaubt sein, ihr Verhalten einzurichten.  
Wenn Wirth sagt, das Vaterland erfordert es, warum sollten dann  
andere Katholiken nicht zuerst an das Vaterland denken. Die Män  
ner und Frauen, die vom Zentrum zu den Deutschnationalen gingen,  
taten dies nicht, weil sie das Zentrum weniger liebten, sondern weil  
sie das Vaterland mehr liebten. Die Politik der Mitte ist eine Po

Obstmoße vor dem Verlust an Gesamtzucker zu schützen. Die  
Moße müssen kühl gelagert und die Fässer bis auf eines, das  
in Zapf genommen wird, spundvoll gehalten werden. Der  
Luftstrom über dem Most in Zapffässern ist etwa alle 14 Tage  
ganz schwach einzubrennen, um die Bildung einer Kuhn  
haut zu verhüten.

### Vorsicht bei gärenden Weinen.

Die vielen Unglücksfälle, die durch das Betreten von Kel  
lern vorkommen, in denen gärende Weine liegen, mahnen zur  
größten Vorsicht. Alle Keller, die nicht sorgfältig gelüftet sind,  
bzw. solche, die nicht ständig einem leichten Durchzug ausge  
setzt sind, sind verdächtig und sollten nur unter Vorsichtsmaß  
regeln betreten werden. In Kellern, die schon einmal verdäch  
tig erschienen, lasse man ständig ein Licht brennen. Erloscht  
dieses, so betrete man den Keller nur nach vorheriger Ent  
lüftung. Vor jedem Keller soll ein zum Vorbinden bereiter,  
mit Del getränkter Schwamm bereit liegen, den man bei Ret  
tungsversuchen vorbinden kann, sonst fällt der Retter gewi  
nlich der Ersticken zur Beute.

### Behandlung von leeren Fässern.

Bei der jetzigen Feuerung, die auch vor den Fässern nicht  
hält macht, werden Fässer wieder in Betrieb genommen, die  
man sonst nicht brauchen würde und die schon lange leer liegen.  
Steht nun ein Dampfapparat zur Verfügung, so läßt man den  
Dampf aus einem Kessel in die Fässer einströmen; die Fä  
ßdauben werden erhitzt, die Poren geöffnet, durch den Dampf  
gereinigt und alles Schädliche und Unsaubere abgeschwemmt.  
Man muß aber den Dampf so lange einwirken lassen, bis das  
Kondenswasser vollständig rein, farb- und geschmacklos abfließt.  
Wer keinen Dampfapparat hat, bringe die Fässer in eine mit  
Dampfseifelanlage versehene Fabrik. In Betrieben, wo dies  
nicht möglich ist, bedient man sich des Sodas. Um die Schw

felsäure, die sich in solchem Faßholz gebildet hat, durch Soda  
zu binden und zu entfernen, löse man die Soda auf in heißem  
Wasser (auf 1 Liter 20 Gramm gewöhnliche oder 8 Gramm  
wasserfreie Soda), fülle das Faß ungefähr voll mit kaltem  
Wasser und setze nun die Sodalaug zu und fülle bis zum  
Spundloch mit Wasser nach. Damit die sich bildende Kohlen  
säure entweichen kann, bleibt das Spundloch offen. Die Lösung  
bleibt 8 bis 10 Tage im Faß, wird dann abgelassen und durch  
reines Wasser ersetzt, das ebenfalls 8-10 Tage im Faß bleibt.  
Wird dann noch ein paar Mal mit frischem, reinem Wasser  
nachgepült, so dürfte auch bei diesem Verfahren der gewünschte  
Erfolg erzielt werden.

### Die Rose vor dem Winter.

Was an den Rosen gefündigt wird, läßt sich nicht sagen.  
Der eine kann mit dem Eindecken nicht bald genug beginnen,  
der andere deckt gar mit dem Laube ein, ein dritter will war  
ten, bis das Laub von selbst abfällt, kurz, selten nur ist eine  
naturgemäße Behandlung der Rose zu erblicken. — Die meisten  
unserer Parkrosen sind völlig winterhart. Viele Rosen vertragen  
bis 20 Grad Kälte ohne den geringsten Schaden. Einigen  
Kältegraben sind sogar die empfindlichen kerosen gewachsen.  
Also keine übertriebene Ängstlichkeit. Was würde es übrigens  
schaden, wenn die weichen Triebspitzen einmal etwas zuträ  
frieren würden. Denn sie fallen im Frühjahr ja doch durch die  
Scherer. Die Hauptsache bleibt, daß wir für gehörige Reife  
des Holzes sorgen. Damit diese eintritt, werden gegen Ende  
Oktober die Rosenblätter abgeschert und die weichen Trieb  
spitzen entfernt. Blumentknochen, die dabei abfallen, bringen  
wir in einem kühlen Zimmer zum Erblühen. Bejährofen wer  
den Mitte November angehäufelt, hochstämmige Rosen an den  
Boden gehackt und anfangs Dezember endgültig mit Erde ein  
gedeckt.



titel der schiefen Ebene, auf der es nur ein weiteres Hinabgleiten gibt; nicht eine Arbeitsgemeinschaft, sondern eine Gefinnungsgemeinschaft kann das Wunder vollbringen, ein großes Volk vor dem Untergang zu retten. Der Redner behandelte dann noch drei Hauptprobleme. Die geistige Kultur beruht auf den Grundlagen des Christentums. Die Verfestigung dieser erfolgt von den Bundesgenossen des heutigen Zentrums. Der Sozialdemokratie muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie auch einmal Rücksicht nehmen muß. Die völkischen und vaterländischen Ideale müssen von deutschen Männern bewahrt und der Glaube an das Reich und dessen Grundcharakter erhalten bleiben. Nur der Glaube hilft dem Menschen. Die Sozialdemokratie ist durch und durch Klassenpartei und hat den Klassengeist im deutschen Volksempfinden hoch getragen. Sie hat die Geschäfte einer weiteren Klasse, des Händlers- oder Rassenstums besorgt. Wir stehen im schwersten Kampfe dagegen. Ein Gemeinschaftsgeist muß hochgezogen werden. Nur auf Umwegen gelingt es, die Katholiken zur Unterstützung dieser heutigen Politik zu bringen. Bessere Staatsleitung ist uns nötig. Keine der westlichen Demokratien hat je ihren Staat und ihre Staatsverwaltung so in die Hand von Nichtfachverständigen geliefert, wie wir seit drei Jahren. Wenn die Meldungen aus Paris richtig sind über die neue Note auf den Protest der Regierung, dann sollte man meinen, Birtz könne keine 24 Stunden mehr im Amte bleiben. Der Redner, dem zum Schluß stürmischer Beifall dankte, zeigte noch das Programm der großen Rechten mit der wahren Politik der Mitte und des Maßhaltens, die die Fundamente des Staates wieder sicher stellen.

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft. Valuta-Markt.

Frankfurt, 31. Okt. (Mittagsbörse.) Bei sehr stillem Geschäft lagen Devisen leicht abgeschwächt. Am Notenmarkt waren

Tellars 181 1/2, 180, 180 1/2, 181, Francs 1305, Polen 4.70, 4.60, 4.40. (Telk. 3ig.)

### Die Feuerung in Nord und Süd.

Nach einer Berechnung aus den 545 deutschen Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern, wovon 460 auf den Norden und 85 auf den Süden entfallen, bezw. aus 47 sogenannten Gildengemeinden, darunter 35 norddeutsche und 12 süddeutsche, betrug die Feuerungszahl im Reichsdurchschnitt im Januar 924, Februar 893, März 901, April 894, Mai 880, Juni 896, Juli 963, August 1045, September 1062. Im Anfang blieb der Süden stets hinter dem Norden zurück, später eilte er immer voraus. Der Unterschied zwischen Süd und Nord beträgt auf die oben erwähnten 545 Gemeinden im Januar minus 70, Februar minus 50, März minus 80, April minus 27, Mai minus 6. Vom Juni an schreitet die Feuerung im Süden rascher vorwärts als im Norden. Sie beträgt im Juni plus 4, Juli plus 15, August plus 23, September plus 4. Bloß auf die 47 Gildengemeinden berechnet, stellt sich der Unterschied zwischen Süd und Nord wie folgt dar: Januar minus 42, Februar minus 23, März minus 22, April plus 11, Mai minus 14, Juni plus 4, Juli 0, August plus 15, September plus 47.

### Baumaterialienindex.

Um festzustellen, welchen Einfluß die Preisgestaltung auf die Bautätigkeit hat, ist der Versuch gemacht worden, einen Baumaterialienindex festzustellen, in dessen Berechnung die Baumaterialien, die Eisenpreise, der Strohlohnpreis und die Fracht Mannheim-Stuttgart einbezogen sind. Seht man die Preise von 1914 mit 100 an, so betrugen sie nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamts 1919 816, 1920 1829, und 1921 1797. Bezieht man in den Baumaterialienindex die Lohnsteigerung nicht ein, so ergibt sich immer noch kein einwandfreier Bauindex. In dieser Statistik ist dies noch

nicht geschehen. Betrachtet man Bauholz für sich allein, so war der Preis 1920 32mal so hoch als 1914. 1921 ist er auf das 18fache gefallen, aber immerhin noch 1 1/2mal höher, als er 1919 war. Die Eisenpreise hatten 1920 ihren Höchststand mit beinahe dem 38fachen des Vorkriegspreises, 1921, mit der Herstellung der freien Marktlage, nur noch das 23-27fache. Strohlohn kostete 1919 das 6fache, 1920 das 15fache und 1921 das 24fache, ohne daß ein Ende der Steigerung abzusehen ist.

### Märkte.

#### Pferde und Vieh.

(SEB) Balingen, 30. Okt. Dem Schweinemarkt waren zugeführt 317 Stück Milchschweine. Der Handel ging flau, doch wurde alles verkauft. Der Preis für das Stück betrug 100 bis 300 M. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt war die Zufuhr gering. Es kosteten Möstapfel der Zentner 125-140 M, Tafelapfel der Zentner 140-160 M. In Kartoffeln betrug die Zufuhr 20 Zentner und kostete der Zentner 70 Mark.

#### Obst und Mostobst.

(SEB) Stuttgart, 31. Okt. Dem Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof waren 60 Wagen neu zugeführt, worunter 49 aus Frankreich, 10 aus Württemberg und 1 aus Italien. Preis wagenweise für 1 Zentner 95-104 M, im Kleinverkauf 110 bis 120 Mark.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- u. Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftl. Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schöffel.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. B.: B. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Unterhangstett, den 30. Oktober 1921.

### Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Tode unseres lieben Vaters, Großvaters, Schwiegervaters und Onkels

**Johann Georg Rusterer**  
Gemeindepfleger

für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, die vielen Kranzspenden, besonders denjenigen, welche ihn während seiner Krankheit besuchten, dem Herrn Pfarrer Senale für seine tröstlichen Worte, den Jungfrauen für ihren erhebenden Gesang, dem Herrn Verwaltungsamtsrat Staudenmeyer, der dem Verstorbenen einen warmen Nachruf schickte, sowie seinem ganzen Kollegium, sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nötenbach, den 31. Oktober 1921.

### Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem frühen Hinscheiden meines lieben, guten, treuberechtigten Vaters, Bruders und Schwagers

**Georg Adam Frommer**  
Schumacher

insbesondere für die tröstlichen Worte des Herrn Geistlichen am Grabe, den erhebenden Gesang des Herrn Hauptlehrers mit seinen Sängern vor dem Hause, den Herren Ehrentränern, der zahlreichen Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte von Nah und Fern sprechen den herzlichsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
Die Gattin Anna Maria Frommer mit ihren Kindern.

Unterreichenbach.  
Im Wege der  
Zwangsvollstreckung  
versteigere ich am Donner-  
stag, den 3. ds. Mo., namn.  
2 Uhr gegen bare Bezahlung  
**54 neue**  
**Metallbestellen**  
Zusammenkunft beim Rat-  
haus.  
Gerichtsvollzieher  
Dyngemach.

### Beliebt

ist das „Calwer  
Tagblatt“ durch  
seinen vorzüg-  
lichen Nachrich-  
tendienst u. seine  
volkstümlich  
geschriebenen  
Leitartikel!

### Apotheken-Eröffnung.

Der Einwohnerschaft, der zum Arztbezirk Schömburg  
gehörigen Orte zur Nachricht, daß die

### Apotheke in Schömburg

im Hause Völlnagel, Liebenzellerstraße, von heute ab  
eröffnet ist.

Frau Apotheker Mohl, Liebenzell.  
Apotheker Bozenhardt, Neuenbürg.

Überzeugt von der Notwendigkeit seiner Herstellung  
erscheint in Bände ein  
**Adreßbuch von Calw u. Umgebung**  
Ausgabe 1921/22.

Empfehlungsanzeigen in diesem Buche sind von bestem  
Erfolg begleitet und bedeuten eine dauernde Reklame.  
Die verehrt. Geschäftsleute von Calw und Umgebung  
ersuchen wir höflich, unserem Vertreter, Herrn Rich. Seidel,  
der in diesen Tagen vorprechen wird, ihre Aufträge zu über-  
geben und etwaige Wünsche hinsichtlich der Platzierung usw.  
vorzubringen.

Sollte verkehrtlich eine Firma übergegangen werden,  
bitten wir den gewöhnlichen Text an uns einzulegen. Der  
Preis von Mk. 20.- für das Adreßbuch ist derart niedrig  
gehalten, daß seine Anschaffung für jedermann möglich ist  
und gilt nur bei Vorausbestellung bei dem Vertreter oder  
bei unterzeichnetem Verlag. Bei Nachbestellungen stellt sich  
der Preis auf Mk. 23.-

Adreßbuch-Verlag Calw, Salzstraße 59.



### Henko

Henkel's Wasch-  
und  
Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausnutz  
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

### F. K.

Donnerstag, den 3. Novbr.  
nachmittags 2 1/2 Uhr  
im Kaffeehaus.

### Oberreichenbach.

Ich warne hiemit jeder-  
mann, der Magdalenen  
Scharf von Ober-  
reichenbach etwas auf  
meinen Namen zu ver-  
abreichen, da ich für  
„einerlei Schulden mehr  
komme.“

Jakob Schraft.

Jüngeres  
Lanf- oder Dienst-  
Mädchen  
für sofort gesucht.

G. Hiller, Bisch.-Str. 499.

Gesucht wird ein selb-  
ständiges, williges

### Mädchen,

welches kochen kann, bei  
gutem Lohn.

Frau Marie Dorn,  
Pöggendorf.

Suche für sofort oder  
15. November eine tüchtige

### Röchin

bei hohem Lohn und guter  
Behandlung. Näheres  
Frau Schwarz, Metzger-  
meister Calw, Marktplatz.

Ein neuer

**Gofa**  
(Divan)

preiswert zu verkaufen.  
Goth. Dongus, Sattler,  
Dienstadt.

### Das Geheimnis

alle Hautkrankheiten u. Hautausschläge, v. Mitter, Finck,  
Pöckel, Pusteln usw. zu vertreiben, best. 1-täg. Waschung d. eckl.  
**Streckenpferd - Feerschwefel - Seife**  
v. Bergmann & Co., Kadebeul. Überall zu haben.

### Lichtspieltheater Badischer Hof

Nur Dienstag Abend 8 Uhr:

### III. Episode

### Mit Büchse und Lasso

### Neld und Haß

bringt die fabelhaftesten Sensationen und  
überbietet den I. und II. Teil mit größter  
Spannung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte  
zu unserer am Donnerstag, den 3. November 1921,  
stattfindenden

### Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Krone“ in Liebsberg  
freundlichst einzuladen.

### Christian Weber,

Sohn des † Johann Jakob Weber, Bauer,  
in Liebsberg.

### Katharine Baier,

Tochter des Johann Georg Baier, Bauer,  
in Wellenbach.

Kirchgang 12 Uhr in Neubulach.

Wir bitten dies, statt jeder besonderen Einladung  
entgegennehmen zu wollen.

### Winter- Schuhwaren

beste Qualitäten  
große Auswahl

**W. Schäberle, Schuhmacher.**

### Calw oder Umgegend.

Zu kaufen oder zu mieten gesucht

**Ein Wohnhaus mit Saden**  
oder eventl. geeignet zum Einbau eines Bldes.  
Oder Angebote erbeten unter W. H. 255 an die Ge-  
schäftsstelle dieses Blattes.

**Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland**